

Option 2

AMV-Text zu Israel/Palästina von der Gruppe DiEM25-Mitglieder (11 Unterzeichner*innen)

Einführung

Für DiEM25 ist die Stunde gekommen, um hinsichtlich des Stillstands zwischen Israel und Palästina eine klare, tragfähige Strategie zu übernehmen. Wir haben Positionen zu stärken, die auch eine echte Chance bieten, einen wirklichen Wandel zu bewirken, und die bestehende öffentliche Meinung in Europa und der gesamten Welt zu mobilisieren.

Wir möchten die machtvollen Mittel nutzen, die uns zur Verfügung stehen. Wir möchten die Werkzeuge des internationalen und europäischen Rechts in Gang setzen, die internationale öffentliche Meinung mobilisieren und Druck ausüben in Richtung eines Rückzugs der Besatzungskräfte, und damit verbunden der illegalen Siedlungen, durch Israel als Vorbedingung für jegliche aufrichtigen Friedensverhandlungen.

Europa sticht als wichtiger Handelspartner Israels sowie als zweitwichtigster Waffenlieferant nach den USA heraus. Daher investiert die EU viel; sowohl in Israel als auch in Projekte für den schrittweisen Wiederaufbau der besetzten palästinensischen Gebiete (BPG), und übernimmt stets die Rechnung, wenn die dauerhafte Konfliktsituation explodiert, wie es in Gaza und Sheikh Jarrah wieder einmal geschehen ist.

Europa ist der Sitz des Internationalen Gerichtshofes in Den Haag sowie des Internationalen Strafgerichtshofes – Institutionen, die von der Unterstützung unrechtmäßiger Kriege und Annexionsbestrebungen durch die EU untergraben werden, da sich Israel weigert, bei Untersuchungen von Kriegsverbrechen durch den ICC zu kooperieren, und seit 2013 UN-Menschenrechtskommissare boykottiertⁱ. Wichtige, vor Gericht hart erkämpfte Siege, die das Leid der Palästinenser*innen gemildert haben, müssen letztlich dazu genutzt werden, eine progressive Zukunft für Verhandlungen zwischen Israelis, Palästinenser*innen und ihren Nachbarn sicherzustellen.

Es bleibt unsere erste, lange überfällige Priorität, die Besetzung zu beenden.

Nur ein endgültiges Ende der illegalen militärischen Besetzung und des Belagerungszustands in Gaza, Ost-Jerusalem und der Westbank kann das Fundament legen, das **echte Friedensverhandlungen auf Augenhöhe gestattet**. Die Besetzung stellt heute eine Frontlinie für den permanenten Konflikt zwischen Israelis und Palästinenser*innen dar. Die **EU muss jegliche Beteiligung unterlassen, die die Maschinerie der militärischen Besetzung ermöglicht. Der Plan, der in diesem AMV umrissen wird, bildet den Ausgangspunkt.**

DiEM25 kann alle Mittel des Aktivismus einsetzen, die vonnöten sind, um europäische Politiker*innen klar und deutlich zu ermahnen, dass sie nicht zu diesen Entscheidungen gestanden haben. Deshalb werden folgende Punkte empfohlen:

1. Die EU muss die Versorgung Israels mit Waffen und die militärische Zusammenarbeit mit Israel und regionalen Akteuren umgehend einstellen. DiEM25 kann in Mitgliedsstaaten der EU lobbyieren und Druck ausüben, damit diese ihre eigenen Richtlinien (die z.B. in Deutschland wie auch in Frankreich prominent in die nationale Gesetzgebung übernommen wurden) aufrechterhalten und umsetzen, die Waffenexporte oder Sicherheitszusammenarbeit mit Ländern untersagen, die in die Konflikte im Nahen Osten verwickelt sind – etwa das Al-Sisi-Regime in Ägypten oder Saudi-Arabien.ⁱⁱ

2. Druck für ein Ende des Handels mit Siedlungen. Aussagen vom Parkett des Europäischen Parlaments zufolge ist der Handel "mit Siedlungen **illegal** und verstößt gegen die höchsten Normen des internationalen Rechts"ⁱⁱⁱ. Da die EU der wichtigste Handelspartner Israels ist, bleibt es eine

drängende moralische und politische Verpflichtung für Europa, einen Schlusstrich unter die Geschäfte mit illegalen Siedlungen zu ziehen.

3. Umsetzen der UN-Sicherheitsratsresolutionen 242 und 2334. DiEM25 drängt auf die Umsetzung dieser Resolutionen, die einen unverzüglichen Rückzug der israelischen Armee aus den besetzten Palästinensergebieten (der Westbank, Gaza und Ost-Jerusalem), ein umgehendes Ende der Blockade des Gazastreifens, einen Abzug sämtlicher Siedler*innen, eine "gerechte Regelung" der palästinensischen Flüchtlingsfrage (siehe dazu Punkt 7 weiter unten) und eine Rückkehr der besetzten Gebiete, die völkerrechtlich als Teile Libanons und Syriens anerkannt sind, fordern.^{iv} Es ist Sorge dafür zu tragen, dass diese Resolutionen den EU-Mitgliedstaaten als Mindestrichtlinie für künftigen Umgang mit Israel und Palästina dienen.

4. Klären Sie den Status palästinensischer Flüchtlinge, die sich aktuell in Europa befinden. Zur Zeit gewähren die meisten EU-Länder palästinensischen Flüchtlingen nicht den gleichen Flüchtlingsstatus, wie er unlängst Geflüchteten aus Syrien gewährt wurde. Dies gilt sogar für die Schätzungen zufolge 100.000 syrisch-palästinensischen Kriegsflüchtlinge, die, ohne eine syrische Staatsbürgerschaft zu besitzen, vor kurzem vor den Kriegen in Syrien geflüchtet sind.^v DiEM25 ruft dazu auf, jeglichen juristischen Unterbietungswettbewerb zu beenden, den palästinensische Flüchtlinge in der EU aktuell zu erleiden haben. Das schwierige Los der palästinensischen Flüchtlinge in Europa erfordert, dass die EU die Wirklichkeit der Besatzung anerkennt, zu der Europa unterstützend beigetragen hat.

5. Unterstützung einer nuklearwaffenfreien Zone im Nahen Osten (MENWFZ). DiEM25 drängt die EU, ihr langjähriges Schweigen und die sich daraus ergebende Komplizenschaft mit der Verweigerungshaltung der USA und Israels gegenüber einer nuklearwaffenfreien Zone im Nahen Osten zu durchbrechen. DiEM25 beharrt darauf, dass internationale Nuklearinspektoren in der Lage sein sollten, israelische Nuklearwaffenarsenale zu untersuchen.^{vi}

6. Ein Ende des US-dominierten "Friedensprozesses". Die Zeit, dass ein anderes Land oder eine andere Koalition die voreingenommene Rolle der USA als erster Vermittler übernimmt, ist gekommen. Die USA sind der wichtigste Unterstützer des US-israelisch-palästinensischen Konflikts. In einem demokratischen Prozess sollten sich unterschiedliche Vertreter aus der palästinensischen wie der israelischen Gesellschaft für neue, alternative Verhandlungsführer*innen und Plattformen entscheiden. Europa sollte unabhängige Anstöße geben, durch die die USA zu einer Übernahme gedrängt werden.

7. Eine gerechte Regelung für die palästinensischen Flüchtlinge, erstmals festgelegt in Resolution 194 der UN-Vollversammlung, bleibt ein entscheidendes Verhandlungsmittel, zu dessen Aufgabe die Palästinenser*innen nicht gezwungen werden dürfen – es sei denn zu ihren Bedingungen. Die richtungsweisende Resolution, die vom Beginn der palästinensischen Flüchtlingskrise stammt, besagt: "Geflüchteten, die in ihre Häuser zurückkehren und in Frieden mit ihren Nachbarn leben wollen, sollte dies zum frühestmöglichen Zeitpunkt gestattet werden; für das Eigentum jener, die sich gegen eine Rückkehr entscheiden, sollte eine Entschädigung gezahlt werden; und die verantwortlichen Regierungen oder Behörden sollten für Verluste und Beschädigungen an Eigentum gemäß der Prinzipien von internationalem Recht Wiedergutmachung leisten". Diese Forderungen finden auch auf die Nachkommen von Geflüchteten Anwendung, denn wie im Falle anderer in die Länge gezogener Fluchtsituationen (z.B. Afghanistan, Somalia) erfüllen auch die Kinder und Nachkommen der palästinensischen Geflüchteten die Kriterien für den Geflüchtetenstatus, bis eine dauerhafte Lösung gefunden worden ist.^{vii}

Unterzeichnende:

Arturo Desimone (Mitglied vom Peace and International Policy 1 DSC), **Matt McDonald** (Mitglied der Peace and International Policy Task force), **Robert Wittkuhn** (Mitglied der Peace and International Policy Task force), **Aleksandar Novakovic** (Mitglied der Peace and International Policy

Task force), **Eva Magdalena Stambøl** (Mitglied der Peace and International Policy Task force), **Hans-Joachim Körting** (Mitglied der Peace and International Policy Task force), **Yunus Yeniden** (Mitglied vom Peace and International Policy 1 DSC), **Franz Piribauer** (Mitglied vom Peace and International Policy 1 DSC), **Jacob Lim** (Mitglied vom Peace and International Policy 1 DSC), **Marcel Stilger** (Mitglied vom Peace and International Policy 1 DSC), **Noam Chomsky** (Mitglied des Advisory Panels von DiEM25 und Mitglied des Rates der "Progressiven Internationale")

Prozeduraler Zusammenhang:

Unser AMV-Text ist Resultat eines jahrelangen Entwurfsprozesses, bei dem Mitglieder des Peace and International Policy 1 DSC sowie der Peace and International Policy Task force mitgewirkt haben. Man muss diese auch als Reaktion auf den AMV-Text des CC auffassen. Unser Entschluss reicht, wie hoffentlich zu erkennen ist, über die Beschränkungen der Debatte um eine Ein- oder Zweistaatenlösung hinaus.

- i <https://www.ishr.ch/news/israel-decision-boycott-human-rights-review-threatens-rule-law>
- ii Ursula von der Leyen darf als Präsidentin nicht weiter die Sicherheitszusammenarbeit mit Israel rechtfertigen, wie sie es in ihrer Rolle als Verteidigungsministerin Deutschlands getan hat, als sie eingestand, ihr Staat verstoße aufgrund "Deutschlands besonderen Verhältnisses zu Israel" gegen seine eigenen Regeln. <https://www.dw.com/en/a-special-case-the-german-israeli-security-cooperation/a-18444585>
- iii https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/E-8-2018-002892_EN.html
- iv Sheikh Jarrah erinnert uns daran, darauf zu bestehen, dass eine gemeinsame europäische Position auch die UNSR-Resolution 2334 zu berücksichtigen hat, welche "alle Maßnahmen verurteilt, die darauf abzielen, die demographische Zusammensetzung, den Charakter und den Status der Palästinensergebiete einschließlich Ost-Jerusalems zu ändern, die seit 1967 besetzt sind – einschließlich des Baus und der Ausweitung von Siedlungen, der Entsendung israelischer Siedler, der Konfiskation von Land, des Abrisses von Häusern und der Vertreibung palästinensischer Zivilpersonen unter Missachtung internationaler Menschenrechtsgesetze und einschlägiger Resolutionen".
- v 100.000 stellt eine Schätzung von 2017 dar: <http://www.ror-n.org/-blog/palestinian-refugees-from-syria-and-their-fate-in-europe>
- vi 2019 berief der Generalsekretär der UN eine Jahreskonferenz ein, die die "Erarbeitung eines rechtlich verbindlichen Vertrages zur Schaffung einer Zone im Nahen Osten, die frei ist von Kernwaffen und anderen Massenvernichtungswaffen" zum Ziel hatte. Das Streben nach einer MENWFZ reicht Jahrzehnte zurück, wobei der erste Meilenstein eine Resolution der UN-Vollversammlung von 1974 war. Die Inspektion des israelischen Kernwaffenarsenals könnte möglicherweise Hindernisse auf dem Weg zu einem Nuklearabkommen mit dem Iran aus dem Weg räumen.
- vii <https://ohrh.law.ox.ac.uk/palestinian-refugees-and-the-right-of-return-in-international-law/>